

Oliver Tolmein

## **Ikone und Präparat**

Vor zwanzig Jahren, am 9. Mai 1976, wurde Ulrike Meinhof in ihrer Stammheimer Zelle tot aufgefunden. Wie ihr bis heute ungeklärter Tod als Selbstmord, ist ihr Leben als Lehrmittel zu den Akten genommen – für und gegen Reform, Revolte, Revolution, von Reaktionären, Revoluzzern, Realpolitikern  
Veröffentlicht in: Konkret 05/96, S. 26

Die KONKRET-Kolumnistin ist enttäuscht: der 15. Geburtstag des Grundgesetzes, eine Veranstaltung fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit. »Die Bundesrepublikaner sind mit ihrem Grundgesetz bis heute nicht warm geworden«, klagt sie und rühmt als der Verfassung Kern den Zwang zum kooperativen Ausgleich, dem die Regierung ausgesetzt sei: »Das Gesetz zwang die Regierenden, sich mit ihren äußeren Gegnern zu arrangieren und innere Kontrahenten nicht zu provozieren.«

Wir schreiben das Jahr 1964, das Bundeskabinett will zum Notstand rüsten können, und Ulrike Marie Meinhof versucht mit ihrem Lob auf das Grundgesetz, wie es eigentlich gedacht gewesen sein soll, gegen den Abbau politischer Freiheiten und den Einsatz der Bundeswehr im Inneren anzuschreiben. »Realistisch« wird dabei zum Schlüsselbegriff der knappen Gratulation – und Meinhof, bis zu ihrem Tod Mitglied der illegalen KPD und deren Tradition verhaftet, glaubt tatsächlich, Realpolitik betreiben, die deutschen Verhältnisse durch geschicktes Taktieren und kluge Aufklärungsarbeit in die von ihr gewünschte Richtung umgestalten zu können.

Umso engagierter und erbitterter gerät ihr Kampf gegen die, die in ihren Augen dafür verantwortlich sind, daß alles so anders geworden ist, als es sich die »Räte von Herrenchiemsee unter dem Eindruck von Krieg und Nachkrieg« gedacht hatten: Die USA sind Schuld und ihr willfähriger Gehilfe, Bundeskanzler Adenauer, der »mit der Marshallplanhilfe jenen Anträgen der Westalliierten (erlag), die im geteilten Deutschland auch heute noch verdienen, unsittlich genannt zu werden.« – »Deutschland, Deutschland unter anderm« sind die Zeilen überschrieben, in denen sich die linke Verfasserin, schlechtem nationalkommunistischem Beispiel folgend, als die bessere Patriotin präsentiert. Eine Haltung, die dem der KPD keineswegs nahestehenden Wagenbach-Verlag 1995 allerdings so gut gefällt, daß er ausgerechnet diese Überschrift auf den Titel des zweiten Bandes mit Aufsätzen und Polemiken von Ulrike Marie Meinhof setzt. Im Nachwort wird das (verfassungs-)patriotische Moment in Meinhofs Denken von einer Susanne Schüssler hervorgehoben: »Bei uns in der Bundesrepublik«, schreibt sie und begreift diesen Staat so durchaus als den ihren; nicht diesen Staat stellt sie in Frage, sondern das, was die Regierenden aus ihm gemacht haben.«

Die Regierenden – zu ihnen setzt sich die KONKRET-Kolumnistin Ulrike Meinhof immer wieder in Konkurrenz. Immer wieder erhebt sie Vorwürfe und hat Vorschläge parat, verwirft sie deren Konzepte und entwickelt statt dessen neue, eigene Ideen, wie das Geschäft, Deutschland zu regieren, besser erledigt werden könnte.

1959 ermuntert sie die Regierung Adenauer zu Selbständigkeit: »Die Interessen der Bundesrepublik werden in einem Friedensvertrag nur dann ihren Niederschlag finden, wenn unsere Regierung sie selbst vertritt.« Die Oppositionsparteien mahnt sie im gleichen Kommentar, daß angesichts des Versagens von Adenauer ihre »Verantwortung für das Schicksal Deutschlands und der Welt erneut gewachsen« sei. 1961 beklagt sie anlässlich der Ankündigung der Sowjetunion, demnächst einen Friedensvertrag mit ganz Deutschland oder nur mit der DDR abzuschließen, daß »die Initiative zur Lösung der deutschen Frage nun gänzlich ans Ausland übergegangen ist, weil die Hauptaufgabe jeder deutschen Politik, die deutsche Einheit wiederherzustellen, nicht eingelöst wurde.« Ludwig Erhard gibt sie 1963 den Rat, dem »Gemeinsinn« der Deutschen »etwas mehr Geltung« zu verschaffen, und sie hat auch gleich ein Thema, das Thema anzubieten, das diesem Gemeinsinn gelegen käme: »Am unerträglichsten ist den Deutschen die Teilung der Nation.«

Wenig später, John F. Kennedy ist in den USA ermordet worden, sorgt sich die linke Kolumnistin um die deutsche Souveränität: »Es geht nicht an, daß die Menschen, die hier leben, daß Deutschland in Angst und Unsicherheit gestoßen wird, weil Wahnsinnige im amerikanischen Süden mit dem Feuer spielen, weil ein Sicherheitsdienst versagt... Es ist an der Zeit, daß die deutsche Bundesrepublik von ihrer vor acht Jahren erlangten Souveränität souveränen Gebrauch macht.«

Für kaum ein Thema verwendet sich die linke und zunehmend anerkannte Publizistin bis weit in die Mitte der sechziger Jahre hinein so engagiert und hartnäckig wie für die Wiedervereinigung – die über die Anerkennung der DDR hin zum neutralen Gesamtdeutschland führen sollte. Und als Ulrike Meinhof sich so weit mit der außerparlamentarischen Opposition radikalisiert hat, daß sie das Geschäft, die bundesdeutschen Parteien zu beraten, endlich aufgibt, adressiert sie ihre guten Ratschläge an die Regierung der DDR und benennt deren vordringliche Aufgaben. 1968 verlangt sie von den regierenden Realsozialisten, die Visa-Pflicht auf den Transitstrecken wieder abzuschaffen: »Die DDR, von der man zunehmend erwarten muß, daß ihr über der eigenen Konsolidierung der sozialistische Internationalismus wieder einfällt, deren Aufgabe es jetzt wäre, die Linke in der Bundesrepublik und Westberlin zu unterstützen, z.B. indem sie ihren eigenen Staat demokratisiert und so ein Beispiel gäbe für einen demokratischen Sozialismus...« Und schließt mit einem Ceterum censeo, diesmal an die eigenen Genossinnen und Genossen aus dem SDS und anderen Gruppen gerichtet: »Die sogenannte deutsche Frage müßte sehr wohl noch zum Gegenstand und Inhalt außerparlamentarischer Politik gemacht werden.«

Das hartnäckige Beharren darauf, daß es das ganze Deutschland sein müsse, ist aber nicht nur das Ergebnis der engen Verbundenheit mit der KPD. Es ist so dauerhaft nur möglich, weil die damalige Neue Linke den Nationalsozialismus ebenso wie die traditionelle kommunistische Fraktion aus einer verzerrten Perspektive analysiert: Die in den Jahren 1933 bis 1945 begangenen Verbrechen werden als Ergebnis besonders zugespitzter antikommunistischer Herrschaftspolitik im Kapitalismus verstanden. Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Repression und Ausgrenzung, der sich die Oppositionellen im neuen alten Deutschland selbst ausgesetzt sehen. »Wie wir unsere Eltern nach Hitler fragen, so werden wir eines Tages nach Strauß gefragt werden«, lautet eine der charakteristisch nivellierenden Sentenzen von Ulrike Meinhof. Auch daß sie ihren Artikel über eine denunziatorische Attacke gegen atomkritische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit »Neue deutsche Ghettoschau«

überschreibt, ist kein Versehen: »Die Eingezäunten sind diesmal nicht Angehörige der polnischen Intelligenz, auch nicht Juden...«, erläutert sie die Metapher im ersten Absatz, um mit Blick auf die rechtskonservative Intellektuellenhetze festzustellen: »Ist dieses Denken nicht vom Typ eines Stuckart/Globkeschen Rassekommentars?«

Weil der Nationalsozialismus in Deutschland ausschließlich als Veranstaltung der Herrschenden begriffen wurde, in der der Bevölkerung gerade mal die Rolle eines Statisten oder gar eines Opfer zukam, mußten folglich nur »die da oben« ausgewechselt werden. Das Ressentiment der Bevölkerung, die antisemitische Aggression des Mobs, die Überlegenheitsgefühle des Durchschnittsariers gegenüber dem Rest der Welt: Sie spielen für strategische Überlegungen keine Rolle, werden allenfalls beiläufig erwähnt, am deutlichsten in »Aktenzeichen xy-ungelöst«, einer der schärfsten Meinhof-Kolumnen, die zwar auch davon geprägt ist, den Betrug des Moderators Zimmermann an seinem Publikum nachzuweisen, die aber auch mit nicht zuvor und nicht mehr danach erreichter Skepsis zeigt, wie die Deutschen als Nation der selbstmitleidigen Verfolger funktionieren.

Früher und später ist davon nicht mehr die Rede. In ihrer Kolumne über die Zerstörung Dresdens schreibt Ulrike Meinhof, mit David Irving als einziger erwähnter Quelle, vor allem über die Leiden der deutschen Bevölkerung, Soldaten inklusive: »Dresden war eine Sammelstelle für verwundete und genesende Soldaten, Dresden hatte keine Rüstungsindustrie, Dresden war eine unverteidigte Stadt ohne Flak und ohne Luftabwehr.« Einmal abgesehen davon, daß es eine seltsame Forderung an eine Luftwaffe ist, nur gut gesicherte Ziele anzugreifen, waren tatsächlich etliche Flak-Batterien in Dresden stationiert. Aber Ulrike Meinhof braucht eine gänzlich wehrlose Stadt, weil sie eine grundsätzliche Erkenntnis vermitteln will: »Als die deutsche Bevölkerung die Wahrheit über Auschwitz erfuhr, erfuhr die englische Öffentlichkeit die Wahrheit über Dresden.« Eine bemerkenswerte Gleichsetzung, die ganz nebenbei auch noch suggeriert, die deutsche Bevölkerung sei über die Vernichtung der Juden und Jüdinnen nicht informiert gewesen. Daß in der Kolumne den Briten und auch den Bomberpiloten dasselbe zugute gehalten wird wie den deutschen Volksgenossen, daß sie nämlich von ihrer Führung betrogen worden seien, ist nur ein schwacher Trost.

In der Kommandoerklärung des RAF-Kommandos »15. Juli«, das einen Anschlag auf das US-Hauptquartier in Heidelberg ausführt, wo der Zentralcomputer installiert ist, mit dem die US-Bombereinsätze gegen Nordvietnam koordiniert werden, wird 1972 die Gleichung Dresden = Auschwitz wiederholt und um eine weitere Bekannte ergänzt. Die RAF erklärt, warum ihrer Meinung nach die Bevölkerung die Fahndung gegen sie nicht unterstützt: »Die Menschen in der Bundesrepublik (wollen) mit den Verbrechen des amerikanischen Imperialismus und ihrer Billigung durch die herrschende Klasse nichts zu tun haben. Weil sie Auschwitz, Dresden und Hamburg nicht vergessen haben ...«

Eine Woche später werden Holger Meins, Jan Carl Raspe und Andreas Baader verhaftet. Zwei Tage danach ruft ein deutscher Intellektueller in seiner Rede anläßlich des Kongresses »Am Beispiel Angela Davis« zur Entsolidarisierung mit der RAF auf und wirft ihr vor, durch oberflächliche Vergleiche fatale politische Fehler zu machen und so »jede sozialistische Politik« zu zerstören. Es geht Oskar Negt aber nicht um die Gleichsetzung von Auschwitz und Dresden: »Niemand verwechselt ungestraft lateinamerikanische Militärdiktaturen, an deren konkreten Verhältnissen die ursprüngliche Konzeption der Stadtguerilla entwickelt wurde,

mit halbwegs funktionierenden parlamentarisch-demokratischen Systemen, die sich im Ernstfall immer noch auf eine relativ stabile Massenloyalität stützen können.« Zu den halbwegs funktionierenden parlamentarisch-demokratischen Systemen zählt Negt auch die USA, über die er gleichzeitig feststellt: »Unglaublich wird, wer zwar den Antisemitismus der Nazis verurteilt, aber für den gegenwärtigen Rassismus in Südafrika oder den Vereinigten Staaten wohlwollendes Verständnis aufbringt. Vietnam ist zum Symbol der Gewalt geworden. Nicht nur die alljährlich auf Vietnam niedergehende Bombenlast überschreitet bei weitem die des Zweiten Weltkrieges; die mechanische Vernichtung von Menschenleben hat Ausmaße angenommen, die sehr bald den Verwaltungsmassmord des Dritten Reiches in den Schatten stellen können. Was ist der Unterschied zwischen Strafexpeditionen der Nazis in Oradour und Lidice und einem vernichteten vietnamesischen Dorf, wenn feststeht, daß es begrenzbar militärische Ziele nicht gibt?«

Daß der Anschlag der RAF wenige Tage zuvor zum Ziel hatte, diesem Terror, der Negt ebenso wie der Guerilla selbst mindestens so verheerend zu sein scheint wie der der Nazis, etwas entgegenzusetzen, bleibt notwendigerweise unerwähnt – es hätte das so sorgsam austarierte Gleichgewicht von radikaler Rede und wohlgefälligem Sinn durcheinander gebracht. Negt bemerkt wohl auch nicht, daß sich sein Text, der durchdrungen ist von aggressiver Ablehnung der »Desperados der Baader-Meinhof-Gruppe«, wie eine nahezu vollständige Kompilation der Argumentationsmuster, der Freund- und Feindbilder aus den Meinhof-Kolumnen der sechziger Jahre liest. Die Gemeinsamkeiten derer, die sich auf ihrem jeweils realpolitisch gedachten Weg, die Republik zu verändern, endgültig getrennt haben, sind in diesem Moment, wie sich im Rückblick erweist, weitaus größer, als sie sich vorstellen können.

Ulrike Meinhof kommt auch in dieser Phase eine besondere Rolle zu: Die gesamtdeutsch-sozialistische Realpolitikerin, die als Kolumnistin auch in den bürgerlichen Medien Anerkennung fand, hat in ihren letzten Arbeiten für KONKRET die Grenzen ihrer Möglichkeiten realistisch reflektiert. »Opportunismus ist, wenn man die Verhältnisse, die man theoretisch zu bekämpfen vorgibt, praktisch nur reproduziert; wenn man die antiautoritäre Position in die autoritäre Form der Kolumne verdrängt«, formuliert sie in einer Kolumne 1968. Mit dem Aufbau der RAF hat sie schließlich aus dieser Erkenntnis Konsequenzen gezogen. Daß sie trotz ihrer Kinder und ihrer gesicherten Existenz den Schritt in die Illegalität gegangen ist, den Sachzwängen entsagt und etwas bis dahin in Deutschland schier Unvorstellbares versucht hat: eine bewaffnete Gruppe aufzubauen, hat die Situation für viele linke Intellektuelle unbequem gemacht: Die Routine ihres Radikal-Seins ist durchbrochen, es muß nicht mehr alles seinen sozialistischen Gang gehen, plötzlich gibt es die Möglichkeit, sich tatsächlich ganz anders zu entscheiden – und weil es eine aus den eigenen Reihen ist, eine prominente Vordenkerin, eine, deren Kolumnen man gestern selber noch gelesen und für gut befunden hat, ist es auch nicht ganz einfach, diese Alternative als ungeeignet abzutun. Für manche ergibt sich zudem die Schwierigkeit, sich unmittelbar verhalten zu müssen: Es kann nach einem Quartier gefragt werden, was tun, wenn die Gesuchten plötzlich um Unterstützung bitten, welches Risiko gehe ich ein, wie stelle ich fest, wie groß die Gefahr ist, selbst belangt zu werden? Dazu kommt, daß die Taktik von Regierung und expandierendem Staatssicherheitsapparat, die Bekämpfung der RAF als günstige Gelegenheit zu nutzen, die schon Ende der sechziger Jahre entwickelten Pläne für eine

rücksichtslose Repression gegen die Linke insgesamt in die Tat umzusetzen, zu Entscheidungen zwingt.

Es gab auch damals viele gute Gründe, den Aufbau einer Stadtguerilla zu kritisieren, festzustellen, daß der Anschlag auf das Springer-Hochhaus in Hamburg politisch weit hinter die Springer-Blockaden der Jahre zuvor zurückfällt, darauf hinzuweisen, daß die Illegalität angesichts der realen Verhältnisse keine Chance hat, »eine Offensivposition für revolutionäre Intervention« (was immer das auch sein mochte) aufzubauen. Auffällig ist, daß aber gerade im alten Umfeld von Ulrike Meinhof überwiegend schlechte Gründe vorgetragen wurden: Ein Blick in die KONKRET-Ausgaben der Jahre 1970 bis 1972 gibt einen deprimierenden Eindruck davon.

»Ulrikes Rote Armee« überschreibt Günter Wallraff ein Pamphlet, in dem »kleinbürgerliches Revoluzzertum« noch die freundlichste (und sprachgewaltigste) Formulierung ist. Der Tenor: »Die anarchistischen Militärs stehen außerhalb des Zusammenhangs linker Tradition – weit näher den antihumanistischen Terrorgruppen der Rechten.« Meinhofs Nachfolger als Kolumnist, E.A. Rauter, hält dem Verleger Klaus Wagenbach vor, daß er Texte der RAF zugänglich macht und Bücher verkauft, »die das Ballern von Terroristen rechtfertigen«. Nach dem Anschlag aufs Springer-Hochhaus heißt der Titel seiner Kolumne: »Rechte Armee Fraktion«.

Im nächsten Heft erläutert Meinhofs Ex-Gatte Klaus Rainer Röhl den Grund für die engagierte Hetze gegen die RAF – und er kreierte gleichzeitig das Leitmotiv für die Berichterstattung über Ulrike Meinhof und ihr Verhältnis zu den anderen Mitgliedern der Gruppe, das sich schließlich bis heute durchgesetzt hat: »Die Tatsache, daß man die langjährige Kolumnistin dieses Blattes zur Bandenchefin hochstilisiert, beweist, wie die Springer-Gruppe die Baaderschen Provokationen auszunutzen gedenkt. Mit der Personalisierung auf Ulrike Meinhof sollen auch ihre politische Vergangenheit und die Zeitung KONKRET kriminalisiert werden: Was sie in den zehn KONKRET-Jahren gefordert und vorgeschlagen hat, von dem ist das meiste heute verwirklicht. Also: wer mit der DDR spricht, der legt auch Bomben ...«

Und um vorzubeugen, folgt eine seitenlange Strecke, in der zu Wort kam, wer wollte, Hauptsache der Haßwert stimmte: »Die R.A.F. fördert den modernen Faschismus«, »Dreister sozialistischer Anspruch«, »Packt die R.A.F., wo ihr sie kriegt«, »Keine Solidarität mit Verbrechern« lauten die Überschriften – die nur noch von Röhl's zweckgerichteter Phantasie im darauffolgenden Heft überboten werden: »Ulrike Meinhof – Gefangene der Baader-Gruppe?« In seinem Text wird die »bedeutende und sprachsichere Kolumnistin« zur Ikone, die »zehn Jahre lang nachhaltig eine ganze Generation von jungen Multiplikatoren (beeinflusste)... Aus ihnen rekrutierten sich später die Kader einer realistischen und weitsichtigen Reformpolitik. Es ist eine historische Jämmerlichkeit, daß sie in dem Augenblick, in dem die ersten Schritte zur Verwirklichung einer Politik gemacht wurden, für die sich KONKRET und Ulrike seit 1955 eingesetzt hatten, den Weg in die politische Umnachtung antrat.«

Der Weg vom Ideal in die Psychiatrie ist kurz. Ähnlich kurz wie der von der Staatsfeindin Nr. 1 zur potentiellen Irren: Am 4. Januar 1973 fordert die Bundesanwaltschaft den Gefängnispsychiater Dr. Götte auf, zu prüfen, ob Ulrike Meinhof »zur Vorbereitung eines Gutachtens über ihren Geisteszustand in eine

öffentliche Heil- und Pflegeanstalt gebracht werden« müsse. Nach ersten öffentlichen Protesten wird der Direktor des Instituts für gerichtliche Psychologie an der Universitätsklinik Homburg/Saar zur Erstellung eines fachpsychiatrischen Gutachtens aufgefordert. Der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof Knoblich erläßt im Juli 1973 den Beschluß, daß bei Ulrike Meinhof auch gegen ihren Willen Röntgenaufnahmen des Schädels und eine Szintigraphie (dabei werden radioaktive Stoffe injiziert und aus der Abstrahlung Gewebeveränderungen abgelesen) des Gehirns, ggf. unter Anwendung von Zwang und unter Narkose, durchgeführt werden sollen. Auch die Hinzuziehung eines Neurochirurgen wird vorbereitet.

In den Medien hat das Vorgehen der Bundesanwaltschaft den erwünschten Effekt: Es wird über den Geisteszustand Meinhofs, der fälschlich nachgesagt wird, sie leide an einem Hirntumor, spekuliert. Massiver Protest, vor allem von Ärzten, führt dazu, daß das Psychiatrisierungsprojekt fallengelassen wird – aber die Instrumente sind gezeigt.

Drei Jahre später, am Morgen des 9. Mai 1976, wird Ulrike Meinhof tot in ihrer Zelle in Stammheim aufgefunden. Noch bevor die gerichtsmedizinische Obduktion abgeschlossen ist, erklärt das baden-württembergische Justizministerium, Meinhof habe »Selbstmord durch Erhängen« verübt. Gegen diese staatliche Version spricht eine Vielzahl von Indizien, die in den folgenden Wochen durch eine unabhängige internationale Untersuchungskommission gesammelt wurden: Bei Ulrike Meinhof wurden Quetschungen an den Waden, Hautabschürfungen und Verletzungen im rechten Hüftbereich festgestellt, die nicht beim Erhängen entstanden sein konnten. Da der Tod nicht durch einen Genickbruch eingetreten war, hätte sie erstickt sein müssen. Die typischen Merkmale des Erstickungstodes, z.B. Blutungen in den Augenbindehäuten, wurden aber nicht festgestellt. Die Befunde deuteten statt dessen auf Tod durch Abdrücken der Hauptschlagader mit anschließendem Herzstillstand: Dieser Tod konnte aber nicht durch Erhängen ausgelöst werden. Den Obduzenten wurde außerdem eine Schlaufe vorgelegt, die 51 cm lang war – die Schlaufe, in der Ulrike Meinhof hing, war aber etwa 80 cm lang. Beim Versuch, sich mit so einer Schlaufe zu erhängen, hätte Ulrike Meinhofs Kopf aller Wahrscheinlichkeit nach keinen Halt gefunden. Ungeklärt ist auch, wieso sich Samenflüssigkeit an ihren Geschlechtsteilen finden konnte. Auch daß eine Glühbirne ohne identifizierbare Fingerabdrücke in die Lampe in Ulrike Meinhofs Zelle geschraubt war, ist verblüffend, hatte die Knastwärterin Frede doch in ihrer ersten Vernehmung angegeben, die Birne um 22 Uhr aus der Zelle geholt zu haben. Daß Ulrike Meinhof keinen Abschiedsbrief hinterlassen und am Tag vor ihrem Tod noch engagiert Beweisanträge für das Verfahren bearbeitet hat, wird von der Internationalen Untersuchungskommission ebenfalls als Indiz gegen einen Selbstmord gewertet.

Nach Ulrike Meinhofs Tod kommt es in einigen bundesdeutschen Städten zu militanten Demonstrationen. Viele glauben nicht an Selbstmord – andere machen die langjährige Isolationshaft verantwortlich und behaupten, die Journalistin sei in den Tod getrieben worden. In Frankfurt am Main läuten die stundenlangen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und der »Putztruppe« auch das Ende der Sponti-Militanz ein. »Hier soll auch nicht verschwiegen werden, daß wir mit dieser Demonstration an die Grenze unserer militanten Aktionsformen gestoßen sind... In diesen Tagen waren wir Spontis sehr nahe an ein wirkliches Zerschlagenwerden herangekommen«, resümiert Joseph Fischer auf dem

Pfingstkongreß des Sozialistischen Büros, und Dany Cohn-Bendit gelobt in seinem Redebeitrag künftig gefühlvollere Politik: »Wenn in dem Sponti-Beitrag am Römer gesagt wurde, daß es die Sehnsucht nach Liebe und Zärtlichkeit ist, die uns antreibt, dann müßt ihr euch das mal vorstellen, was das heißt, und besonders für einen Mann, dies öffentlich zu sagen.«

Der Tod Ulrike Meinhofs erweist sich so paradoxerweise als wichtiges Ereignis auf dem Weg in das realpolitische Projekt der 80er und 90er Jahre: die Grünen. »Sozialistische Politik in der Bundesrepublik heute bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich«, formulierte damals KONKRET als Lehrsatz, um »das Opfer Ulrike Meinhofs nicht dadurch noch sinnloser werden (zu lassen), daß niemand daraus lernt«. Die Lektion ist begriffen worden.

»Die Kolumnen dieser Zeit«, schreibt 1980 Klaus Wagenbach, der als Herausgeber von Ulrike Meinhofs Texten aus der KONKRET- und aus der RAF-Phase, der als Redner auf ihrer Beerdigung und als engagierter Zeitgenosse getreulich dokumentiert, welcher Aspekt der widersprüchlichen Persönlichkeit gerade wofür gefragt ist, »halten einen wichtigen Moment fest: den Moment, in dem ›Politik‹ ihre Abstraktheit verliert, in dem ›Politik‹ und ›Persönliches‹ zusammengedacht wurden, eine Stärke der Linken, die später verloren ging«. Ein Moment, das dann als Wiedergänger in der Politik der Untoten noch einmal aufflackert. Das Wort hat der Genosse Joseph Fischer von der Sponti-Fraktion: »Wir können uns nicht einfach von den Genossen der Stadtguerilla distanzieren, weil wir uns dann von uns selbst distanzieren müßten, weil wir unter demselben Widerspruch leiden, zwischen Hoffnungslosigkeit und blindem Aktionismus.«

Die Distanzierung geriet schließlich, was sein muß, muß sein, zwar langwierig und kompliziert, aber endgültig. Heute ist die Stadtguerilla in der Bundesrepublik am Ende. Auch von den anderen linksradikalen Versuchen, hierzulande revolutionäre Politik zu machen, ist nur eine schwache Erinnerung geblieben. Die Texte von Ulrike Meinhof und ihr politisches Projekt, die RAF, bieten immer noch viel Material für eine Selbstverständigung der Linken darüber, warum das beharrliche Herausarbeiten aus dem Abseits in der Niederlage geendet ist, einer Niederlage, die sich vor allem dadurch als Scheitern ausweist, daß sie von vielen, die es besser wußten, die einmal Genossinnen und Genossen waren, als Erfolgsgeschichte buchstabiert wird. »Wir (stellen) als heutige Leser erleichtert fest, daß inzwischen in Deutschland manche Sorglosigkeit und Ruppigkeit im Umgang mit Schwächeren oder Randgruppen geringer geworden ist, daß wir nicht mehr in Gänze zulassen, was die politische Opportunität angeblich fordert...«, belehrt das Nachwort zu Deutschland, Deutschland unter anderm die Leserinnen und Leser. »Die heute oft kaum mehr verständliche Radikalisierung – nicht nur Ulrike Marie Meinhofs – wird aus dem historischen Abstand also erst greifbar. Dieser Abstand und diese Veränderungen machen diese Texte so interessant.«

Die Eingriffe der Hirnchirurgen blieben Ulrike Meinhof erspart. Die Zugriffe der ideologischen Präparatoren nicht.